



Neue Agrardemokratien: Die verlorene Chance der Pink Tide

Leandro Vergara-Camus und Cristóbal Kay

Zusammenfassung

Der Beitrag analysiert die Versuche der Regierungen in Argentinien, Bolivien, Ecuador, Nicaragua, Paraguay, Uruguay, Venezuela und Brasilien in den 2000er Jahren den ländlichen Raum zugunsten benachteiligter Sektoren und demokratisch umzugestalten. Die Bilanz fällt ernüchternd aus. Zwar gab es Verbesserungen bei den Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Land, doch häufig unterstützten die Regierungen die großflächige Exportlandwirtschaft weiter. Die ländlichen sozialen Bewegungen und ihre basisdemokratischen Versuche wurden von den Mitte-Links-Regierungen politisch nicht gestärkt.

Mit der Wahlniederlage von Cristina Fernández de Kirchner im Dezember 2015 in Argentinien, der Amtsenthebung von Präsidentin Dilma Rousseff im August 2016 in Brasilien und dem Debakel, das sich seit dem Tod von Hugo Chávez in Venezuela ereignet hat, ist der jüngste Zyklus linker Politik in Lateinamerika zu

Leandro Vergara-Camus und Cristóbal Kay: „Neue Agrar-Demokratien: Die verlorene Chance der Pink Tide“. Der Beitrag ist eine Übersetzung der Erstveröffentlichung: Vergara-Camus, Leandro und Kay, Cristóbal (2018): *New Agrarian Democracies: The Pink Tide's Lost Opportunity*. *Socialist Register*, 224–243.

L. Vergara-Camus (✉)
London, UK
E-Mail: lv6@soas.ac.uk

C. Kay
International Institute of Social Studies (ISS), Erasmus University Rotterdam, Den Haag, Niederlande
E-Mail: kay@iss.nl

Ende gegangen. Vor allem der Sturz der brasilianischen Arbeiterpartei (*Partido dos Trabalhadores* – PT), die in mehrere Korruptionsskandale verwickelt war und im Zuge einer Welle massiver Straßenproteste in den Jahren 2013 bis 2016 von der Macht verdrängt wurde, schließt diesen Zyklus auf tragische Weise ab. Die Unfähigkeit der sozialen Bewegungen bei der Artikulation dieser Unzufriedenheit gegen Korruption und steigende Lebenshaltungskosten die Führung zu übernehmen und „ihre Regierung“ gegen rechte Proteste zu verteidigen, zeugt von den Grenzen ihrer strategischen Allianz mit der PT. Die PT, die 2003 an die Macht kam, war jedoch bereits nicht mehr die PT, die aus einer Mobilisierungswelle Anfang der 1980er hervorging. Diese Welle hatte mit der neuen Gewerkschaftsbewegung und der Bewegung der landlosen Landarbeiter*innen (*Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra* – MST) begonnen. Durch das Verhalten der PT an der Regierung hatte die Vision von der „Partei der Bewegungen“ – also einer Parteiform, die in der Lage wäre, erfolgreiche Wahlpolitik und partizipatorischere Regierungspraktiken mit der Unterstützung der sozialen Mobilisierung zu verbinden – zum Zeitpunkt von Dilma Rousseffs Amtsenthebung bereits ein endgültiges Ende gefunden.

Was mit der Pink Tide zusammenbricht, ist die besondere Verbindung zwischen sozialen Bewegungen und politischen Parteien, die nie wirklich populistische und klientelistische Formen der Mobilisierung, Organisation und Repräsentation gesellschaftlicher Sektoren überwunden haben. In diesem Aufsatz blicken wir auf die neuen Formen ländlicher Demokratie zurück, die die Landarbeiter*innen-, Bäuer*innen-, und indigenen Bewegungen in den 1990er Jahren entwickelten, während sie gegen eine neoliberale Politik kämpften. Damit können wir analysieren, was unter den Mitte-Links-Regierungen erreicht wurde. Wir verwenden den Begriff „neue Agrardemokratien“ als einen Überbegriff. Unter diesem fassen wir einerseits Versuche, den ländlichen Raum radikal zu transformieren, und andererseits die Art und Weise, in der begonnen wurde, die Entscheidungsfindung in (ländlichen) Gemeinden zu beeinflussen und zu organisieren. Neue Agrardemokratien sollen auf einer gerechteren Verteilung von Land und natürlichen Ressourcen und deren demokratisches und nachhaltiges Management durch lokale Gemeinden beruhen. Dies erlaubt den Arbeiter*innen ihre Subsistenz- und Produktionsmittel kontrollieren und frei über Formen der Zusammenarbeit entscheiden zu können. Die politische Organisation beinhaltet verschiedene Formen der kommunalen Selbstverwaltung, die über größere partizipative politische und planende Gremien mit anderen populären Klassen außerhalb des ländlichen Raums verbunden sein sollten. Die Entwicklung solcher Agrardemokratien erfordert staatliche Unterstützung, nicht nur im Sinne einer gerechteren Verteilung von Land und natürlichen Ressourcen, sondern auch im Hinblick darauf, die Abläufe

zu vereinfachen, durch die Landarbeiter*innen ihre Mittel zur Subsistenz und Produktionsmittel kontrollieren würden.¹

Vor diesem Hintergrund werden wir die wichtigsten agrarpolitischen Maßnahmen der Pink-Tide-Regierungen in Argentinien, Bolivien, Ecuador und Nicaragua, Paraguay, Uruguay und Venezuela, sowie Brasilien kritisch untersuchen. Mit dieser Analyse wollen wir zu den strategiepolitischen Diskussionen beitragen, die sich mit dem Verhältnis zwischen sozialen Bewegungen und politischen Parteien in Projekten für radikalen gesellschaftlichen Wandel und der Bedeutung der demokratischen Transformation des Staates in diesem Prozess beschäftigen (vgl. Panitch und Gindin 2016; Lebowitz 2012; Borón 2012; Albo 2006). Eine Analyse der Politik für den ländlichen Raum in Lateinamerika ist für diese Fragen besonders relevant, da ländliche und indigene Bewegungen bis zu den 1990er Jahren bedeutende Mobilisierung und Politisierung erreicht hatten, indem sie ihre Kämpfe um Land verknüpft (*territorializing*) und selbstverwaltete Strukturen etabliert hatten, und bis zu einem gewissen Grad gegenüber dem Markt, dem Staat und den politischen Parteien autonom blieben.

Unser Hauptargument lautet, dass diese Regierungen im Großen und Ganzen, auch wenn sie die Lebens- und Arbeitsbedingungen der subalternen ländlichen Klassen verbessern konnten, das agrarwirtschaftliche Modell der ländlichen Entwicklung nicht verändert haben. In Anlehnung an die Politik ihrer neoliberalen Vorgänger*innen unterstützten die Pink-Tide-Regierungen weiterhin eine groß angelegte Exportlandwirtschaft und taten wenig bis gar nichts, um die wachsende Kontrolle zurückzudrängen, die das Agrobusiness über die verschiedenen Prozesse landwirtschaftlicher Produktion ausübt. Zwar schufen oder erweiterten sie die Politik zur Unterstützung kleiner Produzent*innen und führten Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Arbeitskräften in der Landwirtschaft ein. Diese Regierungen haben jedoch keine umverteilenden Landreformen durchgeführt, die die historisch ungleiche Landverteilung in der Region in Angriff genommen hätte, wobei Brasilien, Bolivien und Venezuela hier teilweise Ausnahmen darstellen. Darüber hinaus haben die Maßnahmen, die

¹ Wir benutzen den Begriff „neue Agrardemokratie“, um an die marxistische Kritik an kapitalistischer Demokratie anzuknüpfen. Obwohl sie den Forderungen der radikalsten bäuerlichen und indigenen Bewegungen nahekommt, haben diese Bewegungen diesen Begriff nicht verwendet. Der aus ihren Kämpfen hervorgegangene Begriff ist Ernährungssouveränität, damit bezeichnen sie die kollektive und nationale Kontrolle der Landwirtschaft. Der Begriff wird jedoch weder einstimmig angenommen noch verstehen ihn die verschiedenen Bewegungen in gleicher Weise. Für einen Überblick und eine kritische Diskussion des Begriffs und seiner Verwendung siehe das Forum ‚Food Sovereignty: A Critical Dialogue,‘ *The Journal of Peasant Studies* 42(1), 2014.

zur Unterstützung von Bäuer*innen und Landarbeiter*innen gedacht waren, ihre sozialen Bewegungen nicht politisch befähigt, die Entwicklung neuer Agrardemokratien voranzutreiben. Im Gegenteil, diese Politik hatte einen demobilisierenden Effekt, der klientelistische Tendenzen beförderte und die interne Differenzierung von Klassenfraktionen verstärkte. Dies schwächte den relativen Zusammenhalt, der zuvor zwischen den verschiedenen Fraktionen der ländlichen subalternen Klassen bestanden hatte.

Am entgegengesetzten Ende des ländlichen Klassenspektrums haben diversifizierte, aber kompakte und gut organisierte Fraktionen der herrschenden Klassen Positionen innerhalb des Staates genutzt, um ihre anhaltende wirtschaftliche Dominanz zu sichern und jede substanzielle Agrarreform zu blockieren. Dies ließ Landbesitzende, Industrie- und Finanzkapital zu einer solchen Bourgeoisie zusammenwachsen, die Zeitlin und Radcliff (1988) als „verschmolzene Bourgeoisie“ (*coalesced bourgeoisie*) bezeichnen. Während in vielen Regionen Lateinamerikas bis in die 1970er Jahre traditionelle Grundbesitzende ein wichtiger Teil herrschender Klassenfraktionen waren, deren Strategien zur Vermögensakkumulation hauptsächlich auf der Landpacht und verschiedenen Arten der Mehrwertabschöpfung beruhten, führte die neoliberale Umstrukturierung und Globalisierung der Landwirtschaft zur Veränderung dieser Schichten in eine Art Agrarbourgeoisie. Diese landbesitzende Agrarbourgeoisie ist durch den Markt für Land, Infrastruktur und Technologieinvestitionen sowie durch Kapitalinvestitionen außerhalb der Landwirtschaft vollständig mit dem Finanz- und Industriekapital zusammengewachsen. Dadurch wurde im Wesentlichen jede signifikante Unterscheidung zwischen Landbesitzenden und nichtlandwirtschaftlichen Kapitalbesitzenden aufgehoben.

Diese zusammengewachsenen Bourgeoisien kombinieren nun mehrere Strategien der Wohlstandsakkumulation, die mit Prozessen ursprünglicher Akkumulation und der erweiterten Reproduktion des Kapitals sowie mit einer rentenorientierten Nutzung des Staates einhergehen (vgl. Vergara-Camus und Kay 2017). Dieser Aufsatz zeigt, dass die Regierungen der Pink Tide aufgrund ihrer Versäumnisse, die ungleiche Verteilung von Land zu verändern und neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Formen auf dem Land zu schaffen, eine wertvolle Gelegenheit verpasst haben, tatsächlich neue Agrardemokratien in Lateinamerika aufzubauen. Sie haben jedoch darüber hinaus die Entwicklung dieser mächtigen verschmolzenen Bourgeoisien begünstigt, die jegliche Veränderungen der Landverhältnisse und -nutzung ablehnen.

Vermessung der Kämpfe gegen den Neoliberalismus

Mit Ausnahme der zapatistischen Bewegung betrachteten die meisten bäuerlichen und indigenen Bewegungen in Lateinamerika in der Praxis Staatsmacht als eine notwendige Voraussetzung für die Ausweitung des Kampfes gegen den Neoliberalismus, den Zugang zu Land und die Umsetzung einer bäuer*innenfreundlichen Politik, im Falle bestimmter indigener Bewegungen auch zur Absicherung oder Konsolidierung der Kontrolle über ihr Territorium. Für diese Bewegungen ging es vor allem darum auszuloten, welche Art von Bündnissen mit linken politischen Parteien möglich waren, die sich zum Zeitpunkt ihres Amtsantritts häufig bereits in einem Prozess der ‚Sozialdemokratisierung‘ befanden. Obwohl einige bäuerliche und indigene Bewegungen selbst bereits im Niedergang begriffen waren, als die Linke die Regierung erreichte (z. B. in Ecuador), gab es Erfahrungen mit autonomer Organisation, die eine wichtige Rolle bei der Transformation und Demokratisierung der Staatsmacht und der Gesellschaft im weiteren Sinne hätten spielen können (vgl. Vergara-Camus 2014; Zibechi 2010; Webber 2011; Becker 2011). Daher standen bäuerliche und indigene Bewegungen auch vor der Herausforderung, wie sie linke politische Parteien kritisch begleiten und gleichzeitig jene Kompetenzen weiterentwickeln können, die ihnen ein gewisses Maß an Autonomie verliehen. Keiner von ihnen gelang es, dieses Spannungsverhältnis unter den Pink-Tide-Regierungen erfolgreich zu umschiffen.

Der große Erfolg der bäuerlichen und indigenen Bewegungen in den 1990er Jahren war es gewesen, ländliche, subalterne Klassenfraktionen politisch zusammenzubringen, die einen Prozess weg vom bäuerlichen Leben und hin zu einer internen sozialen Differenzierung durchmachten. Von Beginn an erschwerten zwei bedeutende Widerspruchsfelder diese Kämpfe bäuerlicher und indigener Bewegungen gegen den Neoliberalismus. Erstens waren die meisten landesweiten Bewegungen von einer enormen Diversität landwirtschaftlicher Produzent*innen geprägt, die unter einem komplexen und fragilen historischen Block subalternen ländlicher Kräfte vereint waren (marktorientierte Landbesitzende, Bäuer*innen, Subsistenzbäuer*innen mit wenig Land, semi-proletarisierte Landarbeiter*innen, indigene Siedler*innen gerade erschlossener Waldgebiete, kapitalistisch organisierte kleine Familienbetriebe, die mit von Agrobusiness dominierten Güterketten verknüpft waren usw.). Zu einem beträchtlichen Teil hatte erst die von der neoliberalen Umstrukturierung des ländlichen Raums ausgelöste Krise diesen Zusammenschluss möglich gemacht. Dort, wo die indigenen Völker an der Spitze

der Bewegung standen, wie in Bolivien und Ecuador, bestanden wichtige Unterschiede zwischen den indigenen Völkern des Hochlandes und denen des Tieflandes und des Amazonasgebiets, und zwar nicht nur wegen der unterschiedlichen Form und Intensität ihrer Marktintegration.

Der erste Widerspruch, der diesem schwierigen Bündnis zugrunde lag, drehte sich daher um die Notwendigkeit, den subalternen historischen ländlichen Block politisch überhaupt zu erhalten, denn seine verschiedenen Teile wurden durch unterschiedlichen Maßnahmen angezogen oder auf sie Druck ausgeübt. Diese reichten von staatlichen Subventionen für die kleine landwirtschaftliche Produktion bis hin zum Schutz territorialer Rechte für von der Ausweitung der Rohstoffextraktion bedrohte indigene Gemeinschaften. Der zweite Widerspruch bestand darin, dass die Bewegungen für eine neue Agrarpolitik zwar einen intervenierenden Staat forderten, diese Bewegungen aber nicht in der Lage waren, den Staat durch ihre Allianzen mit politischen Parteien oder Politiker*innen zu kontrollieren. Dieser Widerspruch ergab sich aus der Unfähigkeit der Bewegungen, die politisch aktiven und kohäsiven ländlichen Gemeinschaften langfristig zu stützen, die sie in den Kämpfen gegen den Neoliberalismus aufgebaut hatten.

In einem solchen kurzen Essay ist es unmöglich, der großen Vielfalt der Erfahrungen der bäuerlichen und indigenen Kämpfe in Lateinamerika gerecht zu werden. Es gibt jedoch verschiedene gemeinsame Elemente, die diesen Bewegungen eine beispiellose Fähigkeit zur Mobilisierung und Politisierung der Basis und zur Entwicklung eines hohen Maßes an Zusammenhalt und Autonomie verliehen haben. Die zentrale Forderung all dieser Bewegungen war der Zugang zu Land, zusätzlich zu den Rufen danach, die Expansion der Agrarindustrie umzukehren und die staatliche Unterstützung für landwirtschaftliche Kleinproduzent*innen in Form von Marktkontrolle, Krediten und technischer Hilfen auszuweiten. Die Forderung nach Land war nicht immer mit Plänen verbunden, neue Institutionen zu schaffen, um sich der Ausweitung der kapitalistischen gesellschaftlichen Verhältnisse zu widersetzen. Tatsächlich forderten Bäuer*innen häufiger eine gerechtere Marktintegration.

Der Aufstieg der bäuerlichen und indigenen Bewegungen fiel mit dem Übergang zu begrenzten liberalen repräsentativen Demokratien zusammen. Dies war in manchen Fällen, insbesondere in Ecuador, mit einem neoliberalen Multikulturalismus gekoppelt, der darauf abzielte, bestimmte Sozialpolitiken an indigene Gemeinden und Organisationen zu dezentralisieren, solange sie die Kernprinzipien des Neoliberalismus nicht infrage stellten (vgl. Hale 2005, S. 10–28). Diese neue Ausprägung von Staatlichkeit eröffnete bestimmte Wege für die Mobilisierung populärer Sektoren, erhielt aber zugleich die effektive Kontrolle des Staates durch die herrschenden Klassen. Bewegungen nutzten die Öffnung

des Regimes, indem sie mit Landbesetzungen, Protestmärschen, Kundgebungen, Blockaden, Sitzstreiks und Ähnlichem in den öffentlichen Raum intervenierten. Führende Persönlichkeiten indigener Bewegungen nutzten besonders in Ecuador die Dezentralisierung von Bildungsprogrammen, um die territoriale Präsenz ihrer Organisationen zu stärken. Trotz der demokratischen Öffnung sahen sich jedoch alle Bewegungen mit einem erheblichen Maß staatlicher und nichtstaatlicher Gewalt konfrontiert. Da die Bewegungen ihre Mobilisierungsfähigkeit angesichts der Repression ständig unter Beweis stellen mussten, lösten diese direkten Konfrontationen mit dem Staat häufig eine breitere Beteiligung und eine stärkere Politisierung der Basismitglieder aus. So übernahmen in aufeinanderfolgenden Vollversammlungen mehrere Bewegungen partizipatorische Praktiken für ihre Entscheidungsfindung. Diese sahen den ständigen Dialog zwischen Basis und Führung vor, die Rotation von Repräsentationsmandaten, sowie die Ausbildung neuer Mitstreiter*innen vor – also das Erlernen, wie diese zu Führungsfiguren der Bewegungen werden können. Die verstärkte und autonome Beteiligung von Frauen stellte auch traditionelle Geschlechterrollen infrage. Natürlich koexistierten diese demokratischen Praktiken mit traditionelleren Top-down-Führungsformen in einem unausgewogenen Gleichgewicht, das dem Auf-und-Ab verschiedener Momente und Anforderungen der Kämpfe sowie den persönlichen Ambitionen bestimmter Führungspersonen entsprach. In Bolivien wurden alte Gemeinschaftsinstitutionen wie die indigenen *Ayllus* oder neuere wie das *sindicato* (ländliche Gewerkschaften, während der Agrarreform der 1950er Jahre durch den Staat geschaffen, um die durch die Agrarreform Begünstigten zu vertreten) reorganisiert und erweiterten die Kämpfe.

Daher waren es eher bäuerliche und indigene Bewegungen als politische Parteien, die die Rolle dessen spielten, was Gramsci den „modernen Fürsten“ nannte. Die meisten Bewegungen hatten aber auch eine pragmatische Einstellung zu Parteipolitik. Bäuerliche und indigene Bewegungen in Bolivien und Ecuador gründeten ihre eigenen politischen Parteien, das *Movimiento al Socialismo-Instrumento Político para la Soberanía de los Pueblos* (MAS-IPSP)² in Bolivien, und die *Pachakutic* in Ecuador. In Brasilien beteiligten sie sich über die PT, in anderen Ländern schlossen sie Bündnisse mit populistischen Parteien. Viele führende Personen der Bewegungen nahmen selbst an den Kommunalwahlen teil und nutzten, wenn sie gewählt wurden, ihr Amt, um zwischen den Bewegungen und dem Staat zu vermitteln oder Ressourcen an die Bewegungen zu leiten.

² Der volle Name der MAS „Bewegung zum Sozialismus – Politisches Instrument für die Souveränität der Völker“ verdeutlicht die Idee, dass die Bewegung zu Beginn als Instrument populärer und indigener Bewegungen dienen sollte und nicht andersherum.

Eine solche Beteiligung an der Wahlpolitik rief viele Spannungen hervor, und führte auch zu Spaltungen und Konflikten zwischen Führungspersonen. Bei Wahlen auf kommunaler oder regionaler Ebene schienen diese aber unter Kontrolle zu bleiben. Erst beim Sprung auf die nationale Bühne wurden Brüche und Konflikte viel akuter – und manchmal sogar katastrophal – für die politische Einigkeit. Das war auch bei der *Confederación de Nacionalidades Indígenas de Ecuador* (CONAIE) der Fall, nachdem sie 2003 an der kurzlebigen Regierung von Lucio Gutiérrez beteiligt war. In Bolivien beruhte die interne Dynamik der MAS auf der Praxis der 1990er Jahre, in großen Regionalversammlungen (*ampliados*) der *Cocalero*-Bewegung Richtungsentscheidungen einer Überprüfung oder Diskussion an der Basis zu unterziehen. In ihrer frühen Phase verlangte die Partei von anderen Bewegungen die gleiche Praxis, wenn sie ihre Kandidat*innen für Ämter vorschlugen. Um die Mittelschicht anzusprechen und zu einer landesweiten Option für Wahlen zu werden, beschloss die MAS-Führung 2005, die Partei für fast jede*n zu öffnen. Die MAS wurde zu einer Massenpartei, in der die aus einigen wenigen Personen (Evo Morales, Álvaro García Linera, Félix Santos Ramírez, Iván Iporre und Julio Salazar) bestehende nationale Leitung Entscheidungen zentralisierte und später mehr und mehr den Bedürfnissen der Regierung unterordnete (vgl. Harten 2011, S. 63–92).

Obwohl die bäuerlichen und indigenen Bewegungen im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Sektoren einen ungewöhnlich großen Zusammenhalt zeigten, war in keinem der Fälle eine einzige Organisation in der Lage, die Richtung der Kämpfe vorzugeben. Konnten in Brasilien und Ecuador die MST bzw. die CONAIE während der gesamten 1990er Jahre eine zentrale Rolle für die Mobilisierung subalternen Klassenfraktionen der Bäuer*innen spielen, so hing die erfolgreiche Mobilisierung in allen Fällen von wandelbaren Koalitionen populärer Kräfte ab. Diese Koalitionen beruhten auf der gemeinsamen Erfahrung von Ausbeutung und Missständen, die aus der Krise der bäuerlichen Wirtschaft herrührten. Die Öffnung des Staates für einige der Forderungen der bäuerlichen und indigenen Bewegungen unter den Pink-Tide-Regierungen schwächte solche Koalitionen. Jede Organisation versuchte, innerhalb der neuen Konfiguration politischen Raum zu finden, aber keine hatte die Kraft, diese Regierungen zu radikalisieren oder eine Opposition gegen sie anzuführen.

Wenn man auf den Höhepunkt des Zyklus der anti-neoliberalen Proteste Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre zurückblickt, waren die Krisen, die die Linke in Lateinamerika an die Regierung brachten, in den meisten Fällen „konjunkturelle (oder gelegentliche) Krisen“ und keine „organischen Krisen“, denn die Regierungsparteien, ihre Führungspersonlichkeiten und ihre Politik waren das eigentliche Ziel der Unzufriedenheit, nicht das gesamte Herrschaftsmodell (vgl.

Gramsci 1971). Selbst in Ländern wie Argentinien, Bolivien und Ecuador, in denen der Neoliberalismus wahrscheinlich am stärksten diskreditiert war, führte dies nicht zu einer ausgewachsenen Hegemoniekrise. Die politische Konjunktur war jedoch perfekt für das Auftreten eines Bonaparte, sei es in der Gestalt von Rafael Correa in Ecuador oder Néstor Kirchner in Argentinien, die beide zunächst Allianzen mit sozialen Bewegungen schlossen, weil die Gelegenheit da war, um sie später in einer subtilen Kombination aus Repression, Kooptation und *Transformismo* verhängnisvoll zu schwächen.³

Dass es sich nicht um Hegemoniekrise handelte, beweist die Art und Weise, wie sich viele linke Parteien, die Mitte der 2000er Jahre an die Macht kamen, mit konservativen Kräften verbündeten. Die Kandidaten (und späteren Vizepräsidenten) von Lula Da Silva und Dilma Rousseff in Brasilien kamen von der konservativen Rechten. Michel Temer, Dilmas Vizepräsident, sollte später das Amtsenthebungsverfahren gegen sie leiten und im August 2016 selbst Präsident werden. Néstor Kirchners Vizepräsident Julio Cobos spielte ebenfalls eine kritische Rolle gegen Kirchner und gab im Senat die entscheidende Stimme ab, um im Jahr 2007 einen Antrag zu Fall zu bringen, der die Exportsteuer auf Sojabohnen erhöhen sollte (vgl. Lapegna 2017). Die politischen Entscheidungen der linken Regierungen wurden somit aus ihren eigenen politischen Koalitionen heraus eingeschränkt. Auch verlor die Rechte nicht ihren Zugang zum Staat, obwohl sie die Präsidentschaft und manchmal die Parlamentsmehrheit verlor, wie in Ecuador und Bolivien. In vielen Ländern blieb sie im Parlament, in der Bürokratie und der Justiz sowie auf der regionalen Regierungsebene machtvoll. In allen Fällen unterhielten rechte Unternehmer*innen Kommunikationskanäle mit den Präsident*innen.

Rechtsgerichtete Kräfte waren nicht nur innerhalb der Regierungen präsent, sondern organisierten sich auch rasch, um sie von außen zu bekämpfen. In den ersten Jahren der linken Regierungen in Venezuela, Brasilien, Bolivien und Paraguay reagierten die landbesitzenden Sektoren heftig auf die drohenden Landreformen. Sie griffen zu verschiedenen Taktiken, von parlamentarischen und rechtlichen Möglichkeiten zur Kriminalisierung ländlicher Bewegungen (Brasilien) über offene gesellschaftliche Konfrontation und wirtschaftlichen Boykott (Venezuela), die Drohung mit der Sezession (Bolivien) bis hin zu erfolgreichen militärischen oder parlamentarischen Staatsstreich (gescheitert in Venezuela 2002, erfolgreich in Paraguay 2012 und Brasilien 2016).

³ Mit *Transformismo* beschreibt Gramsci den Prozess der Einbeziehung linker oppositioneller Führungsfiguren und Parteien durch konservativere Regierungen oder Kräfte, oder wenn Führungsfiguren von einer Partei zu einer anderen wechseln, ohne dass dabei ideologische Kohärenz eine Rolle spielt (vgl. Gramsci 1971, S. 58–59).

Landwirtschaftspolitik in der Pink Tide

Eingeschränkt von den Kräfteverhältnissen, die sie an die Macht brachten, sowie durch ihre eigene ideologische Neigung zum *Neo-Developmentalism*, versuchten linke Regierungen nicht, die bestehenden Agrarstrukturen zu transformieren. Vielmehr zielte ihre Politik darauf ab, die Märkte integrativer zu gestalten, indem sie landwirtschaftliches Wachstum und Exporte förderten und kleine Familienbetriebe an von Agrarindustrie dominierte Güterketten banden. In allen Fällen gaben sie die Kontrolle über die Landwirtschaftsministerien an Vertreter*innen der Agrarindustrie ab. Diese behielten die Unterstützung für kapitalistische Großbäuer*innen bei oder erweiterten diese sogar und verstärkten gleichzeitig die Unterstützung für landbesitzende bäuerliche Sektoren durch eine Vielzahl von Programmen. Nur in Brasilien, Bolivien und Venezuela verteilte der Staat eine beträchtliche Menge Land an arme Bäuer*innen und Landarbeiter*innen. Aber selbst in diesen Ländern genügte diese Verteilung nicht, um die historische Konzentration von Land in den Händen einer Minderheit zu verändern.

In Brasilien sollen die PT-Regierungen zwischen 2003 und 2016 über 51,2 Mio. Hektar an 721.442 Familien ‚verteilt‘ haben, eine Fläche, die mehr als doppelt so groß ist wie Großbritannien oder die Spanien entspricht (vgl. Gaiger Silveira et al. 2016, S. 11–12). So beeindruckend diese Zahlen auch sind, änderte diese Landverteilung doch nichts an dem nach wie vor stark konzentrierten und ungleichen Landbesitz in Brasilien. Die Fläche an Großgrundbesitz (auch des Staates) ist zwischen 2003 und 2010 um 104 Mio. Hektar (viermal so groß wie Großbritannien und zweimal so groß wie Spanien) gestiegen. Bis 2010 hielten private Großgrundbesitzende 244 Mio. Hektar (vgl. Farah 2015). Tatsächlich wurde der Großteil des Landes nicht verteilt, stattdessen wurde lediglich der Status von Kleinproduzent*innen legalisiert, die bereits Gewohnheitsrecht genossen, indem man ihnen offizielle Landtitel verlieh. Kritiker*innen schätzen, dass nur zwischen 120.000 und 250.000 Familien wirklich von der Agrarreform profitierten (vgl. Sauer und Mészáros 2017). Ferner wurde Land vielmehr aus der öffentlichen Hand, vor allem im Amazonasgebiet, verteilt denn von privaten Landbesitzenden enteignet.

Ein ähnliches Muster findet sich in Bolivien. Bis 2014 hatte die Regierung Morales 28,2 Mio. Hektar an 369.507 Begünstigte verteilt, etwas mehr als die Hälfte der von der PT verteilten Fläche, jedoch in einem achtmal kleineren Land. Doch genau wie ihr brasilianisches Pendant verteilte die Regierung Morales hauptsächlich Land der öffentlichen Hand. Diese Landverteilung war zu einem großen Teil tatsächlich ein großes Programm zur Legalisierung und Titelvergabe von Land. Ein wichtiger Unterschied war jedoch in diesem Fall Folgendes:

Fast 15 Mio. Hektar (53 %) wurden als Titel für *Territorio Indígena Originario Campesino* (ursprünglich Indigene bäuerliche Territorien – TIOC) vergeben, eine kollektive Form von Landbesitz, die den indigenen Völkern mehr Autonomie geben soll. Dennoch könnte der bolivianische Fall in mancher Hinsicht noch problematischer sein als der brasilianische, da ein beträchtlicher Anteil (fast 14 %) an mittlere und sogar große Grundbesitzende verteilt wurde – darunter 56 Eigentumstitel an Grundstücken mit über 5.000 Hektar. Darüber hinaus schützt das Landgesetz der Regierung Morales letztlich großen Landbesitz, da es eine Obergrenze von 5.000 Hektar festlegt, die einer Einzelperson gehören können. Diese Obergrenze kann jedoch mit der Anzahl der an einem Agrarunternehmen beteiligten Miteigner*innen multipliziert werden, und Großgrundbesitz, der schon vor der Verabschiedung des Gesetzes existierte, ist ausgenommen (vgl. Webber 2017). Innerhalb dieses allgemeinen Musters der Landkonzentration wurde sowohl in Bolivien als auch in Brasilien mehr Land an Frauen vergeben, sowohl einzeln als auch als Miteigentümerin, was weitgehend auf den Druck autonomer ländlicher Frauenorganisationen zurückzuführen ist (vgl. Deere 2017).

Venezuela ist wahrscheinlich der überraschendste, aber auch der tragischste Fall einer gescheiterten Agrarreform unter einer linken Regierung. Bis 2013 hatte die Regierung 6,3 Mio. Hektar umverteilt und 10,2 Mio. Hektar formalisiert, was über einer Million Menschen zugutekam. Die Politik, den Transfer von Land an kleine Familienbetriebe zu unterstützen, und deren Organisation in Kollektive zur Erzielung von Skaleneffekten, führte jedoch nicht zu einer signifikanten Ausweitung der landwirtschaftlich genutzten Fläche oder einer Produktionssteigerung. Die Lage entglitt stattdessen zu einer extremen Verzerrung der Landwirtschaft, wie zu anderen Momenten der venezolanischen Geschichte, erklärbar durch die Aneignung von Ölrenten (vgl. Purcell 2017; Enríquez und Newman 2016).

Der Vormarsch des Agrobusiness

Die ersten beiden Jahrzehnte des einundzwanzigsten Jahrhunderts werden in Argentinien, Brasilien, Bolivien, Uruguay und Paraguay als Zeit der dramatischen geografischen Expansion der Agrarindustrie in Erinnerung bleiben. Manche bezeichnen diese Länder heute als „Sojabohnenrepubliken Südamerikas“. Obwohl zahlreiche kleine und mittlere Landwirt*innen Soja anbauen, dominieren die großflächige, industrielle Landwirtschaft und das Agrobusiness fast alle Produktionsstufen dieser Cash-Crop-Frucht. In Argentinien stiegen die mit Sojabohnen bepflanzten Flächen von 6,7 Mio. Hektar im Jahr 1997 auf über 20 Mio. Hektar im Jahr 2013 – fast die Hälfte der Ackerfläche des Landes. In Paraguay stieg diese

Fläche von 1,2 Mio. Hektar im Jahr 2000 auf 3,2 Mio. Hektar im Jahr 2015. In Uruguay bedeckten die Sojabohnenfelder 2001 nur 30.000 Hektar, bis 2014 waren es 1,3 Mio. Hektar. Das macht 72 % der Anbaufläche aus. In Bolivien wurden im Jahr 2013 auf 1,1 Mio. Hektar Sojabohnen angebaut, was 35,5 % der Anbaufläche entspricht, zehnmal mehr als Ende der 1980er Jahre. In Brasilien war diese Expansion noch ‚phänomenaler‘. Im Jahr 2003, als Lula Ignacio da Silva sein Amt antrat, waren 18,4 Mio. Hektar mit Sojabohnen bepflanzt. Bis zur Amtsenthebung Dilma Rousseffs im Jahr 2016 war diese Fläche auf 33,3 Mio. Hektar angewachsen (vgl. Lapegna 2017; Cañete und Fogel 2017; Piñeiro und Cardeillac 2017; Webber 2017; CONAB 2016). Ähnliche Expansionstendenzen gab es in ganz Lateinamerika in Sektoren wie Viehzucht, Forstwirtschaft, Zuckerrohr und Palmöl. Bei den beiden letztgenannten handelt es sich um Flex-Crops⁴ (vgl. Borras et al. 2016), die davon profitiert haben, dass geschützte Märkte geschaffen wurden. Diese entstanden, da mehrere Länder als Strategie zur Eindämmung des Klimawandels die Beimischung von Agrotreibstoffen zu Benzin einführten. Allein in Brasilien hat der Staat zwischen 2004 und 2014 23 Mrd. USD in den Sektor investiert, während sich die Zuckerrohranbaufläche zwischen 2005 und 2013 fast verdoppelt und fast 10 Mio. Hektar erreicht hat.

Diese Expansion der Agrarindustrie ging mit einem beträchtlichen Anstieg der Bodenpreise und dem Transfer in ausländische Hände einher, insbesondere in brasilianische und in geringerem Maße auch in argentinische (vgl. Sauer und Pereira Leite 2012, S. 890–891; Piñeiro und Cardeillac 2017). Vor allem wegen des verbreiteten Einsatzes von Agrochemikalien hat die Expansion der Agrarindustrie auch die Entwaldung und den Verlust der biologischen Vielfalt verstärkt, die Bodenfruchtbarkeit verringert, das Oberflächen- und Grundwasser verseucht und ist mit Gesundheitsproblemen der lokalen Bevölkerung in Verbindung gebracht worden. Ungeachtet der grünen Rhetorik einiger Pink-Tide-Regierungen und der Mobilisierung der ländlichen Gemeinden haben sie weder strengere Umweltvorschriften eingeführt noch ausreichende Mittel für die ordnungsgemäße Überwachung des Agrobusiness bereitgestellt.

Unter den linken Regierungen Lateinamerikas fand eine intensive Phase der Marktkonzentration statt. Zu spüren war diese besonders in nachgelagerten Bereichen (*downstream*) wie Verarbeitung, Kommerzialisierung und Export. In einem Land nach dem anderen kontrollieren fünf bis sieben Unternehmen, darunter oft transnationale Giganten wie Archer Daniels Midland, Cargill, Louis Dreyfus,

⁴ Flex-Crops sind Erträge, die verschieden genutzt werden können, wie etwa als Lebensmittel, Tierfutter und Brennstoff.

Bunge und Syngenta, zwischen 70 und 90 % des Agrarexports. Nur in den größten Ländern wie Argentinien und Brasilien konnten sich einige wenige nationale Unternehmen dieser ausgewählten Gruppe anschließen. Zwei der weltweit größten Fleischverarbeitungsunternehmen, Marfrig und JBS, sind beispielsweise brasilianische Unternehmen, wobei JBS für 10 % der weltweiten Fleischproduktion verantwortlich ist. In kleineren Ländern, in denen die Märkte für das transnationale Kapital weniger interessant und profitabel sind, wie Ecuador und Nicaragua, erfolgt die Marktkonzentration tendenziell durch die zunehmende Dominanz nationaler Konglomerate; dies schließt die Präsenz transnationaler Investor*innen, häufig *translatinxs*⁵ (vgl. Borras et al. 2012) oder aus subimperialistischen Ländern jedoch nicht aus.

Für vorgelagerte Aktivitäten (*upstream*), wie z. B. Unternehmen, die Saatgut und andere Inputs liefern, und in der Maschinen- und Ausrüstungsindustrie, die je nach Güterketten und Ländern variieren, ist dieser allgemeine Trend zu Konzentration etwas komplexer. Bei Sojabohnen und Getreide sind an allen Stufen der Rohstoffkette Agrarunternehmen unterschiedlicher Größe beteiligt. Manche Investor*innen pachten Land von mittleren oder großen Landbesitzer*innen oder sogar von Familienbetrieben, während einige Unternehmen den Landbesitzenden lediglich das Technologiepaket zur Verfügung stellen. Es gibt also noch erheblichen Spielraum für verschiedene kleinere nationale Unternehmensgruppen innerhalb des Agrarmarktes. Allerdings gewinnen die Großproduzent*innen in allen Rohstoffketten an Boden, und das brasilianische Agrarkapital spielt eine wichtige subimperialistische Rolle bei der Expansion von Soja in Paraguay und Bolivien. Ähnlich haben sich argentinische Investor*innen an der Agrobusiness-Expansion in Uruguay beteiligt. Was den Arbeitsmarkt betrifft, so stellt dieser Sektor aufgrund der zunehmenden Mechanisierung immer weniger Lohnarbeiter*innen auf dem Land ein.

Auch bei frischem Obst und Gemüse sowie bei Schnittblumen hat das Agrobusiness eine dominierende Stellung. Diese Kulturen sind sehr kapitalintensiv, benötigen beträchtliche Volumen an Energie und Wasser und sind je nach Qualität der Produkte sowohl auf den heimischen als auch auf den globalen Markt ausgerichtet. Anders als Sojabohnen und Getreide benötigen sie jedoch immer noch eine beträchtliche Menge an saisonaler Lohnarbeit, sehr häufig Frauen und manchmal auch Kinder. Obwohl sie durch die von den Supermarktketten auferlegten Standards aus dem Exportmarkt verdrängt wurden, produzieren bäuerliche und Familienbetriebe immer noch einen erheblichen Teil an Obst und Gemüse für

⁵ Mit *translatinxs* wird Kapital bezeichnet, das in Lateinamerika seinen Ursprung hat, aber in anderen lateinamerikanischen Ländern investiert wird.

den Binnenmarkt. Bei typischen Pflanzen wie Kaffee und Kakao schließlich liegt die Produktion immer noch in den Händen von bäuerlichen und Familienbetrieben, obwohl sich die Agrarindustrie im In- und Ausland auf die Kontrolle von Verarbeitung, Vermarktung und Export konzentriert.

Als Folge dieser Expansion und der wirtschaftlichen Dynamik machten die Agrarexporte einen sehr großen Teil der Gesamtexporte dieser Länder aus. In Brasilien summierten sich die Agrarexporte von 1999 bis 2010 auf etwa 42 % der Gesamtexporte – und auf nur etwa 7 % der Importe. Die Brutto-Agrarexporte im Jahr 2014 in Höhe von 96,75 Mrd. USD (und einem entsprechenden Nettoüberschuss von 80,13 Mrd. USD) brachen alle Rekorde. In Uruguay beliefen sich die Gesamtexporte im Jahr 2014 auf etwas mehr als 10 Mrd. USD, 76 % davon waren landwirtschaftliche und agrarindustrielle Exporte. In Paraguay entfielen 2016 mehr als 83 % der Gesamtexporte auf die Landwirtschaft; Sojabohnen und ihre Derivate machten 53 %, Fleisch 18 % aus (vgl. Sauer und Mészáros 2017; Vázquez 2016, S. 32–37).

Die Agrarpolitik der Regierungen der Pink Tide war eindeutig positiv für das Agrobusiness. In Brasilien und Argentinien mobilisierte der Staat sein gesamtes Spektrum politischer Instrumente: Unter anderem institutionelle Reformen zum Schutz von Land, Stärkung der Rechte an geistigem Eigentum, der erleichterte Kauf von Land, Investitionen in die Infrastruktur, steuerliche Anreize, weiche Kredite und direkte Subventionen, Vermittlung bei Arbeitskonflikten und günstige Umweltvorschriften. Zur Veranschaulichung: Allein im Jahr 2015 soll die brasilianische Regierung 46,6 Mrd. USD an die Agrarindustrie verteilt haben, hauptsächlich durch Kredite zur Finanzierung der Produktion, aber auch in Form von Subventionen, Schuldenausgleich, Kauf- und Preisgarantien, Börsenaktien usw. Der argentinische Staat unterstützte das Agrobusiness ebenfalls, aber im Gegensatz zur fehlenden Besteuerung des Agrobusiness in Brasilien erhob die Regierung von Néstor Kirchner in Argentinien eine 35-prozentige Exportsteuer auf Soja. Der Staat nahm jedoch mit der linken Hand Geld aus dem Agrarkapital und gab es mit der rechten wieder zurück: Das Agrobusiness erhielt mehr als 80 % der 7359 Mio. Pesos, die der Staat zwischen 2007 und 2010 als Subventionen für den gesamten Agrarsektor verteilte (vgl. Sauer und Mészáros 2017, S. 406; Lapegna 2017, S. 320, 325).

Staaten mit weniger Kapazitäten und ohne nennenswerte bäuerliche Bewegungen wie Nicaragua und Uruguay ergriffen eher Maßnahmen, die das Agrargeschäft institutionell unterstützen, wie z. B. Schutz der Eigentumsrechte, Zuteilung von Landtiteln und steuerliche Anreize. Aber dies war auch in Bolivien und Ecuador der Fall, wo bäuerliche und indigene Bewegungen entscheidend zur konjunkturellen Krise beigetragen hatten. Diese hatte linke Politiker*innen mit der

Zusage, die Macht des Agrobusiness zugunsten von bäuerlicher und Familienproduktion zu beschneiden, erst ins Amt gebracht. Rhetorisch verabschiedeten beide Regierungen Ernährungssouveränität und *buen vivir* als Richtlinien für ihre Agrarpolitik und verankerten sie verfassungsrechtlich. In Ecuador hielt Correa seine Versprechen nie ein (vgl. Clark 2017).

Was Morales betrifft, so arrangierte er sich nach einer intensiven dreijährigen Konfrontation schließlich doch mit den Großgrundbesitzenden des östlichen Tieflands (die er bis 2009 entschärfen konnte), indem er Sojaanbau förderte, den heute auch ein wichtiger Teil der indigenen Produzent*innen betreibt. Dies verschärfte die bereits bestehende Kluft zwischen indigenen Siedler*innen an der räumlichen Grenze landwirtschaftlich genutzten Landes und den dort schon länger und auf Basis des Wohnheitsrechts lebenden indigenen Gemeinden, die weniger mit dem Agrobusiness verbunden waren. Ende 2011 entzogen der *Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu* (CONAMAQ) des Hochlandes und die *Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia* (CIDOB) des Tieflandes (die sich beide nach ethnischen Gesichtspunkten organisieren) der Regierung Morales ihre Unterstützung. Der Konflikt drehte sich um ihre Autonomierechte und den geringen Schutz für indigene Gebiete gegenüber der Rohstoffindustrie. Im Gegensatz dazu unterstützte die *Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia* (CSUTCB), in der die *Cocaleros* eine entscheidende Rolle spielen, Morales weiterhin (Webber 2017; Crabtree und Chaplin 2013, Kap. 2 und 5).

Politik für subalterne ländliche Klassenfraktionen

Ungeachtet der Unterschiede stieg mit dem Rohstoff-Exportboom in vielen lateinamerikanischen Ländern das Beschäftigungsniveau an, die Armut ging deutlich zurück, und die Einkommensunterschiede nahmen, wenn auch nur geringfügig, ab (vgl. Katz 2011). Die ländliche Armut ging tendenziell in den Ländern am schnellsten zurück, die unterschiedliche Geldtransferprogramme für arme Sektoren einführten. Mit dem Warenboom und den gestiegenen *royalties* (Konzessionsgebühren) für Ressourcen gelang es Bolivien, Ecuador und Venezuela, die extreme Armut deutlich zu verringern und die Einkommen der armen Landbevölkerung zu erhöhen. Die ländliche Armut ging zwischen 2000 und 2012 am stärksten in Ecuador zurück (um 49 %), gefolgt von Brasilien (44 %), Bolivien (34 %), Paraguay (31 %) und Nicaragua (15 %). Während die ländliche Armut

2012 bei 65 % in Nicaragua und 31 % in Brasilien lag, betrug sie in Uruguay nur zwei Prozent (vgl. CEPAL et al. 2015, S. 208).⁶

Die Pink-Tide-Regierungen heben sich deutlich von den rechten Regierungen ab, denn sie erhöhten den Mindestlohn, regulierten und formalisierten die ländlichen Arbeitsmärkte und ermöglichten breiteren gesellschaftlichen Sektoren Zugang zum Rentensystem. Diese Politiken trugen ebenfalls erheblich dazu bei, die Armut abzubauen. Die *Frente Amplio* in Uruguay war sehr aktiv dabei, ländliche und städtische Arbeitsmärkte einander gleichzustellen, indem sie die meisten Sozial- und Arbeitsrechte wie Tarifverhandlungen, den Acht-Stunden-Tag und geregelte Pausen ausweitete. Die Regierung verdoppelte den Mindestlohn und schuf im Arbeitsministerium eine eigene Abteilung für ländliche Arbeit. In Brasilien erhöhte sich der Mindestlohn zwischen 2003 und 2010 selbst nach der Inflation um 81 %, und der Grad der Formalisierung der Arbeit in der Landwirtschaft stieg von 33 % der Erwerbsbevölkerung im Jahr 2004 auf 50 % im Jahr 2013 (vgl. Sauer und Mészáros 2017; Gaiger Silveira et al. 2016, S. 4). In Ecuador verdoppelte die Regierung Correa den Mindestlohn. Zusätzlich wurde die Vergabe von Werk- und Kettenverträgen für Arbeitskräfte und Formen des *subcontracting* verboten, welche es den Arbeitgeber*innen zuvor ermöglicht hatten, sich ihren gesetzlichen Verpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmer*innen zu entziehen. Die Umsetzung der Maßnahme hat sich jedoch als schwierig erwiesen.

Trotz der früheren Verbindungen einiger ihrer Funktionäre in die Bewegung für Ernährungssouveränität schienen die meisten Pink-Tide-Regierungen die Politik für Kleinproduzent*innen zu improvisieren, statt ein klares Programm zu verfolgen. Sie erweiterten die bereits bestehenden Politiken und schufen in einigen Fällen auch neue Institutionen oder Politiken zur Unterstützung von kleinbäuerlichen und Familienbetrieben. Zunächst verteilten sie kleine Kredite von einigen hundert bis zu einigen tausend Dollar an ländliche Familienbetriebe, um ihnen bei der Entwicklung ihrer landwirtschaftlichen Infrastruktur zu helfen, die Produktivität zu steigern, die Qualität ihrer Ernten zu verbessern oder neue Einkommensquellen zu schaffen. Eine solche Politik gab es in Ländern wie Argentinien, Brasilien und Uruguay bereits. Während ihrer Regierungszeit in Brasilien hat die PT auch den Umfang und die Reichweite dieser Programme beträchtlich erhöht, auf 7,2 Mrd. USD im Jahr 2015. Kritiker*innen wiesen darauf hin, dass dies nur 15,5 % der im selben Jahr an die Agrarindustrie vergebenen Kredite ausmachte. Darüber hinaus gingen 80 % der Kredite an wohlhabendere Familienbetriebe und förderten ihre Eingliederung in das Gefüge der Soja- oder

⁶ Es sind keine Daten für ländliche Armut in Venezuela vorhanden. Jedoch sank die Armut auf nationaler Ebene um 27 % zwischen 2000 und 2012.

Zuckerrohrproduzent*innen (vgl. Gaiger Silveira 2016, S. 4). Einer ähnlichen Logik folgend, verwendete EMAPA, das staatliche bolivianische Unternehmen, das für die Unterstützung der Nahrungsmittelproduktion zuständig ist, den größten Teil seines Budgets in Höhe von 148 Mio. USD, um Kredite und Unterstützung für bäuerliche Familienbetriebe für den Soja-Anbau in der Region Santa Cruz bereitzustellen.

Die zweite Art von Unterstützungspolitik versuchte, Kleinproduzent*innen an von der Agrarindustrie kontrollierte Güterketten zu binden, ähnlich wie es die Weltbank fördert. Diese Politik beinhaltete steuerliche Anreize für die Agrarindustrie, die Produktion von Kleinbäuer*innen oder Kleinerzeuger*innen zu kaufen. Die PT-Regierung in Brasilien bot den Biodieselanlagen Steuerbefreiungen an, wenn sie einen bestimmten Anteil ihrer Rohstoffe von Familienbetrieben kauften. Die Correa-Regierung in Ecuador tat das Gleiche, als sie Zuckerrohr-Ethanol-Fabriken beauftragte, einen bestimmten Prozentsatz der handwerklichen Alkoholproduktion von bäuerlichen Produzent*innen zu kaufen. Keine linke Regierung versuchte jedoch eine Politik, die zum Wachstum oder zur Verbesserung von grundsätzlich für kleinbäuerliche Betriebe günstigeren Märkten geführt hätten, ganz zu schweigen von nicht-kapitalistisch organisierten Märkten.

Die dritte Art der Unterstützungspolitik für ländliche Kleinproduzent*innen bestand darin, verschiedene neue Märkte durch den Staat zu schaffen, die streng auf Familienbetriebe beschränkt waren. Ecuador und Venezuela, die größten Ölproduzenten der Region, waren die einzigen Länder, die garantierte Mindestpreise für Nutzpflanzen festgelegt haben. Sie legitimierten diese als Möglichkeit den ärmsten Erzeugenden zu helfen, aber da sie für Nutzpflanzen galten, unabhängig von der landwirtschaftlichen Erzeugung, waren die mittleren und großen Erzeugenden am ehesten Nutznießende der Maßnahme. In Venezuela bildeten die Mindestpreise in Verbindung mit einer tiefen Wirtschaftskrise, einer überbewerteten Währung und einer allgemeinen Praxis, aus dem Handel mit Rohstoffen zwischen dem Parallel- und dem offiziellen Markt (dem sogenannten *Bachaqueo*) zu profitieren, einen katastrophalen sozioökonomischen Cocktail, der die Versuche der Regierung, die Landwirtschaft zu transformieren, zum Scheitern brachte (vgl. Purcell 2017). In Brasilien sticht das Experimentieren der PT-Regierung mit öffentlichen Beschaffungsprogrammen hervor. Mittels dieser verpflichtete die Bundesregierung Gemeindeverwaltungen dazu, Lebensmittel von Familienbetrieben zu kaufen. Das größte dieser Programme war das Nationale Schulspeisungsprogramm (PNAE) mit einem Budget von 1,15 Mrd. USD im Jahr 2014. Von diesem waren 340 Mio. USD für den direkten Kauf von Landwirtschaftsprodukten aus Familienbetrieben reserviert.

Der lange Rohstoffboom

Der relative wirtschaftliche und soziale Erfolg und die anhaltende Popularität der Pink-Tide-Regierungen basierten auf dem jüngsten „langen Rohstoffboom“, der zu einem Großteil von der Nachfrage und von Investitionen aus China angeheizt wurde (vgl. Katz 2011). Die günstige Konjunktur ließ linke Regierungen der Versuchung eines ‚progressiven Neo-Extraktivismus‘ oder was als ‚sozialer Rentierstaat‘ bezeichnet werden könnte verfallen: Sie förderten die Rohstoffsektoren weiter und verwendeten die daraus erzielten Einnahmen, um Sozialprogramme zu finanzieren. Die Kehrseite dieser Strategie war, dass die soziale Mobilisierung während des Rohstoffbooms nachließ, obwohl es zu zahlreichen Konflikten zwischen bäuerlichen und indigenen Gemeinschaften und den Rohstoffsektoren und dem Agrarexport gab. Dass der Exportboom – von Öl, Gas, Bergbau oder Landwirtschaft – auf nationaler Ebene bejubelt wurde, erschwerte es den Gruppen, die unter den negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen des Extraktivismus litten, wirklich gehört zu werden. Die Konsolidierung der Agrarindustrie und ihre Fähigkeit, sich mit den Interessen anderer Sektoren zu verzahnen, trieb einen Keil zwischen die wohlhabendere Landbevölkerung – die ihre Produkte an die Agrarindustrie verkaufte oder Land an sie verpachtete – und die ärmere Landbevölkerung und landlosen Landarbeiter*innen. Teile der Bäuer*innenschaft, darunter auch gewerkschaftlich organisierte Landarbeiter*innen, begannen die Vorteile eines florierenden Agrobusiness-Sektors zu erkennen. Für diese Sektoren in Brasilien, Bolivien und Ecuador hatten der Kampf um Land oder die Agrarreform keine Priorität mehr – ganz zu schweigen von einer radikalen Transformation des Landwirtschaftsmodells. Politiken, die bäuerliche Familienbetriebe unterstützen sollten, kamen auch wohlhabenderen Schichten der Bäuer*innenschaft zugute. Im Ergebnis begannen einige der Bäuer*innen selbst Exportpflanzen anzubauen, während andere ihr Land an kapitalistisch organisierte Großbäuer*innen verpachteten und von ihnen Bodenpacht erhoben.

Die Politik der Pink Tide zur Unterstützung von kleinbäuerlichen Betrieben verstärkte den begonnenen Prozess interner Klassendifferenzierung im ländlichen Raum. Besonders in Brasilien wurde dies sichtbar. Die darauf ausgerichtete Politik der Armutsbekämpfung, die Einkommen der ärmsten bäuerlichen Sektoren zu erhöhen, hielt diese Gruppen davon ab, sich auf unsicherere Kämpfe wie Landbesetzungen einzulassen. Von den 1990er Jahren bis zu den ersten Jahren der Lula-Regierung beruhte die innere Stärke und Lebendigkeit der MST auf einem Bündnis zwischen „an Boden armen“ Bäuer*innen, den landlosen Landarbeiter*innen und den angreifbaren kapitalistisch organisierten kleinen Familienbetrieben. Die Fähigkeit der MST ständig hoch politisierte, im Eifer

der Landbesetzungen geschulte Aktivist*innen hervorzubringen, brachte ihr eine innere organisatorische Vitalität, die auf andere ländliche Bewegungen übertragen werden konnte. Als die Agrarreform ins Stocken geriet, während die PT-Regierung Geldtransfers und eine Unterstützungspolitik für ländliche Familienbetriebe einführte, verschob sich das politische Terrain unter den Füßen der MST. Dass sie andere ländliche Bewegungen nicht mehr so leicht beeinflussen und nicht mehr so gut Druck auf die PT-Regierung ausüben konnte, schwächte auch ihre Führungsrolle gegenüber früheren Bündnissen zwischen subalternen ländlichen Klassenfraktionen (vgl. Vergara-Camus 2003, S. 232–241).

Ganz ähnlich veränderte sich in Bolivien ein Sektor der armen indigenen Bäuer*innenschaft durch die interne Klassenausdifferenzierung einer, mit dem Sojaexportkomplex verbundenen, Fraktion von Kleinkapitalist*innen. Auch arme indigene Bäuer*innen sahen ihre Lebensbedingungen durch die Geldtransferzahlungen und die Landverteilung verbessert. Diese traditionellen Unterstützer*innen der MAS forderten weniger lautstark eine radikale Agrarreform. Dies war in Ecuador nicht möglich, da das Agrobusiness nicht so groß und Soja nicht dessen für die Expansion bevorzugte Nutzpflanze war. Dennoch gelang es Correa, die nationale Bäuer*innenbewegung zu spalten, indem er Arrangements mit lokalen Führungspersonen traf und kleine Entwicklungsprojekte für die Mitglieder an der Basis durchführte (vgl. Henderson 2016). Die Erneuerung des neoliberalen Multikulturalismus im staatlichen Diskurs des *buen vivir* und die begrenzten Selbstbestimmungsrechte für indigene Völker in Teilen des Amazonas, insbesondere der Zugang zu finanzieller Kompensation gegen ihre Zustimmung zur Ölextraktion, hat einen Teil der indigenen Bewegung des Amazonas veranlasst, ihre Strategie zu verändern, weg von der radikalen Mobilisierung (vgl. Bretón Solo de Zaldívar 2013, S. 71–95; Martínez Sastre 2015)⁷. Herauszufinden und erarbeiten, mit welchen Strategien dem neuen institutionellen Rahmen für Selbstbestimmung der Indigenen in Ländern wie Bolivien und Ecuador zu begegnen war, hat die bäuerliche und indigene Bewegungen weiter geschwächt.

⁷ Für einen Überblick über die Auswirkungen des neoliberalen Multikulturalismus auf die bäuerliche indigene Bewegung in Ecuador von ihrer Entstehung in den 1990er Jahren bis zu ihrer Transformation im Rahmen des staatlichen Diskurses von *buen vivir* unter der Correa-Regierung vgl. Bretón Solo de Zaldívar 2013. Martínez Sastre (2015) bietet eine faszinierende Analyse der Strategie zweier indigener Familien aus dem Amazonasgebiet, den Viteri-Gualinga und den Villamil, und ihrer Beziehungen innerhalb der indigenen Bewegung auf der einen Seite, und internationalen Entwicklungsorganisationen, darunter die Weltbank auf der anderen Seite, sowie innerhalb der Correa-Regierung.

Zusammenfassung

Mit dem Niedergang der Pink Tide ist eine historische Chance für den Übergang zu neuen Agrardemokratien vertan worden. Ungeachtet ihrer Rhetorik zugunsten einer partizipativen Demokratie blieben die Pink-Tide-Regierungen – mit Ausnahme von Venezuela, wo es einen echten Versuch gab, „Popular Power“ zu schaffen – fest innerhalb der Grenzen einer liberalen repräsentativen Demokratie lateinamerikanischen Stils. Die Pink-Tide-Regierungen surften auf der Welle eines langen Rohstoffbooms und gingen den einfachen Weg des staatlichen Sozialrentierismus. Keine von ihnen demokratisierte den Zugang zu Land oder stellte Privateigentum infrage, und alle erleichterten das Wachstum und die Macht des Agrobusiness. Die Agrarpolitik dieser Regime reichte von einem fast klassischen Populismus (Argentinien) und einem erneuerten Gutsbesitzer*innenstil (Paraguay) bis hin zu allen dazwischenliegenden Schattierungen des Neopopulismus: *Neo-Developmentalism* (Ecuador), subimperialer *Developmentalism* (Brasilien), patrimonialer Rentierismus (Nicaragua) und neonationalistische Modernisierung (Bolivien). Der Begriff Neopopulismus ist wahrscheinlich am besten geeignet, um die Pink-Tide-Regime zu beschreiben, da sie bei einer ‚national-populistischen‘ Politik lateinamerikanischer Prägung blieben. Sie illustrieren das Spannungsverhältnis zwischen Klientelismus und Autonomie innerhalb der lohnarbeitenden Sektoren.

In keinem Land waren die Bäuer*innenbewegungen in der Lage, die Regierung erfolgreich dazu zu drängen, durchsetzungsfähigere Maßnahmen zugunsten der subalternen ländlichen Klassen zu ergreifen oder ihre kollektive Kontrolle und Führung über Land und landwirtschaftliche Produktion zu entwickeln. Von Correa, Lula, Chávez und Morales kann man sagen, dass sie alle in unterschiedlichem Maße populistische und klientelistische Verbindungen mit der Basis der großen sozialen Organisationen auf dem Land gefördert haben, während sie gleichzeitig aktiv versuchten, ihre Führungspersönlichkeiten zu kooptieren. Über ihre allgemeine Forderung nach regionaler Autonomie in der Regierungsführung hinaus kehrten die bäuerlichen und indigenen Bewegungen ihrerseits zu stärker staatszentrierten Strategien zurück. Als die Regierungen ihren Aktivist*innen Posten im staatlichen Sektor anboten, gaben viele Bewegungen ihre Mobilisierungsfähigkeit an der Basis auf, und tauschten diese gegen marginalen Einfluss auf den politischen Prozess ein. Sie waren letztlich den staatlichen Programmen ausgeliefert, die sie wenig prägen konnten, und ohne ein eigenes autonomes Entwicklungsmodell.

Den Pink-Tide-Regierungen fehlte eine langfristige Demokratisierungs- und Transformationsstrategie, um eine lebensfähige demokratische, bäuerlich-zentrierte Wirtschaft im Schatten einer von der Agrarindustrie dominierten Landwirtschaft wiederaufzubauen. Sie hatten weder eine klare Vorstellung von den Reformen, die es brauchte, um Landarbeiter*innen, bäuerliche Produzent*innen und Familienbetriebe zu stärken, noch von der Abfolge dieser Reformen. Es gab keinen Plan für die Reorganisation des bäuerlichen Sektors, um diesem durch neue Kooperativen, ländliche Produktionsnetzwerke und lokal gesteuerte Agroindustrien und Vertriebskapazitäten eine kollektive Dynamik zu verleihen. Stattdessen wich das agrarpolitische Regime der Pink Tide selten davon ab, vereinzelte Politiken umzusetzen, die sich auf die Einkommensunterstützung oder die Stabilisierung der Besitzverhältnisse der einzelnen Produzent*innen richteten.

Das tragischste Beispiel dafür ist der lange Marsch der PT in Brasilien. In den 30 Jahren von ihrer Gründung bis zu ihrem Wahlsieg im Jahr 2003 hat die PT ihr ursprüngliches Denken in Bezug auf die innerparteiliche Demokratie, partizipatorische Prozesse und die Kontrolle der Arbeitnehmer*innen am Arbeitsplatz aufgegeben. Sie bewegte sich von einem Wahlkampf zum anderen, immer näher an eine typische klientelistisch-populistische Partei. Als die Zeit kam, ‚die Massen‘ zu mobilisieren, um die Partei gegen den Parlamentsputsch 2016 zu verteidigen, war diese soziale Basis nicht mehr vorhanden. Anstatt ihre exekutive Befehlsgewalt über den Staat, als sie an der Macht war, zum Aufbau einer aktiven, politisierten und engagierten Bürger*innenschaft zu nutzen, baute die PT ihr eigenes klientelistisches Netzwerk auf. Die meisten linken Parteien in Lateinamerika haben ähnliche Wege beschritten.

Schließlich muss jede Klassenhegemonie oder Agenda gesellschaftlicher Transformation auch neue soziale Produktionsverhältnisse in Form von neuen Wegen der Produktionsorganisation und des Tausches sowie neue Eigentumsverhältnisse aufbauen. Hier hat die Pink Tide der 2000er Jahre wahrscheinlich ihre größte Niederlage erlitten. Absolut nichts dergleichen wurde auch nur versucht. Der Kampf für den Wiederaufbau eines politischen Projekts, das auf der kraftvollen Mobilisierung und Selbstorganisation der Basis aufbaut, um die Grenzen der kapitalistischen liberalen repräsentativen Demokratie, des Klientelismus und des Populismus herauszufordern, wird ein langer Kampf sein.

Übersetzung: Alke Jenss und Lena Rittinger

Literatur

- Albo, Gregory. 2006. The limits of eco-localism: scale, strategy, socialism. *The Socialist Register 2007: Coming to Terms with Nature* 43:337–363.
- Arturo, Ezquerro-Cañete und Ramón, Fogel (2017) A coup foretold: Fernando Lugo and the lost promise of agrarian reform in Paraguay. *Journal of Agrarian Change* 17(2) 279–295 <https://doi.org/10.1111/joac.12211>.
- Becker, Marc. 2011. *Pachakutic: Indigenous movements and electoral politics in Ecuador*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Borón, Atilio. 2012. Strategy and tactics in popular struggles in Latin America. *The Socialist Register 2013: The Question of Strategy* 49:241–254.
- Borras, Santurmino M., Cristóbal Kay, Sergio Gómez, und John Wilkinson. 2012. Land grabbing and global capitalist accumulation: Key features in Latin America. *Revue canadienne d'études du développement. Canadian journal of development studies* 33 (4): 402–416.
- Borras, Santurmino M., Jennifer C. Franco, S. Ryan Isakson, Les Levidow, und Pietje Vervest. 2016. The rise of flex crops and commodities: implications for research. *The Journal of Peasant Studies* 43(1), 93–115. <https://doi.org/10/gjkt6>
- Bretón Solo de Zaldívar, Víctor. 2013. Etnicidad, desarrollo y „Buen Vivir“: Reflexiones críticas en perspectiva histórica. *European Review of Latin American and Caribbean Studies / Revista Europea De Estudios Latinoamericanos y Del Caribe* 95:71–95.
- CEPAL, FAO, und IICA. 2015. *Perspectivas de la agricultura y del desarrollo rural en las Américas: una mirada hacia América Latina y el Caribe 2015–2016*. San José: IICA.
- Clark, Patrick. 2017. Neo-developmentalism and a ‚vía campesina‘ for rural development: Unreconciled projects in ecuador’s citizen’s revolution. *Journal of Agrarian Change* 17 (2): 348–364.
- Crabtree, John, und Ann Chaplin. 2013. *Bolivia: Processes of change*. London: Zed Books.
- CONAB. 2016. Séries Históricas de Área Plantada, Produtividade e Produção, Relativas às Safras 1976/77 a 2015/16 de Grãos, CONAB, <http://www.conab.gov.br/conteudos.php?a=1252&t=2>.
- Gaiger Silveira, Fernando, Pedro Arruda, Izabelle Vieira, Simone Battestin, Áquila Estevão Campos, und Wesley Silva. 2016. *Public policies for rural development and combating poverty in rural areas* (No. 142). Working Paper.
- Deere, Carmen Diana. 2017. Women’s land rights, rural social movements and the state in the 21st-century Latin American agrarian reforms. *Journal of Agrarian Change* 17 (2): 258–278.
- Enríquez, Laura, und Simeon J. Newman. 2016. The conflicted state and agrarian transformation in Pink Tide Venezuela. *Journal of Agrarian Change* 16 (4): 594–626.
- Farah, Tatiana. 2015. Concentração de terra cresce e latifúndios equivalem a três Sergipe. *O Globo* 9.
- Gramsci, Antonio, Quentin Hoare, und Geoffrey Nowell Smith, Hrsg. 1971. *Selections from the Prison notebooks of Antonio Gramsci*. London: Lawrence and Wishart.
- Hale, Charles. 2005. Neoliberal multiculturalism the remaking of cultural rights and racial dominance in Central America. *The Political and Legal Anthropology Review* 28 (1): 10–28.

- Harten, Sven. 2011. Toward a „Traditional Party“? Internal Organisation and Change in the MAS in Bolivia. In *Evo Morales and the Movimiento al Socialismo in Bolivia: The first term in context, 2006–2010*, Hrsg. Adrian Pearce, 63–92. London: Institute for the Study of the Americas, University of London, School of Advanced Study.
- Henderson, Thomas Paul. 2016. The class dynamics of food sovereignty in Mexico and Ecuador. *Journal of Agrarian Change* 18 (1): 3–21.
- Lapegna, Pablo. 2017. The political economy of the agro-export boom under the Kirchners: Hegemony and passive revolution in Argentina. *Journal of Agrarian Change* 17 (2): 313–329.
- Lebowitz, Michael. 2012. The state and the future of socialism. *The Socialist Register 2013 The Question of Strategy* 49:345–367.
- Martínez Sastre, Javier. 2015. *El paraíso en venta: Desarrollo, etnicidad y ambientalismo en la frontera sur del Yasuní (Amazonía ecuatoriana)*. Quito: Ediciones Abya-Yala.
- Panitch, Leo, und Sam Gindin. 2016. *Class, party and the challenge of state transformation. The socialist register 2017: Rethinking revolution*. London: Merlin Press.
- Katz, Claudio. 2011. *The singularities of Latin America. The socialist register 2012: The crisis and the left*, Bd. 48. New York: Monthly Review Press.
- Piñeiro, Diego E., und Joaquín Cardeillac. 2017. The Frente Amplio and agrarian policy in Uruguay. *Journal of Agrarian Change* 17 (2): 365–380.
- Purcell, Thomas F. 2017. The political economy of rentier capitalism and the limits to agrarian transformation in Venezuela. *Journal of Agrarian Change* 17 (2): 296–312.
- Sauer, Sérgio, und Sergio Leite Pereira. 2012. Agrarian structure, foreign investment in land, and land prices in Brazil. *Journal of Peasant Studies* 39 (3/4): 873–898.
- Sauer, Sérgio, und George Mészáros. 2017. The political economy of land struggle in Brazil under Workers' Party governments. *Journal of Agrarian Change* 17 (2): 397–414.
- Vázquez, Joyce. 2016. Evolución de Subsectores Agroexportadores. In *Con la soja al cuello 2016: Informe sobre agronegocios en Paraguay*, Hrsg. Marielle Palau, 32–37. Asunción: BASE Investigaciones Sociales.
- Vergara-Camus, Leandro. 2003. *Land and freedom: The MST, the Zapatistas and peasant alternatives to neoliberalism*. London: Zed Books.
- Vergara-Camus, Leandro. 2014. *Land and Freedom: The MST, the Zapatistas and Peasant Alternatives to Neoliberalism*. London: Zed Books.
- Vergara-Camus, Leandro, und Cristóbal Kay. 2017. Agribusiness, peasants, left-wing governments, and the state in Latin America: An overview and theoretical reflections. *Journal of Agrarian Change* 17 (2): 239–257.
- Webber, Jeffrey. 2011. *From Rebellion to Reform in Bolivia: Class Struggle, Indigenous Liberation, and the Politics of Evo Morales*. Chicago: Haymarket Books.
- Webber, Jeffery R. 2017. Evo Morales, transformismo, and the consolidation of agrarian capitalism in Bolivia. *Journal of Agrarian Change* 17 (2): 330–347.
- Zeitlin, Maurice, und Richard Earl Ratcliff. 1988. *Landlords and capitalists: The dominant class of Chile*. Princeton: Princeton University.
- Zibechi, Raúl. 2010. *Dispersing power: Social movements as anti-state forces*. Oakland: AK Press.